

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1,35
monatlich 45 Pf.
Bei allen württ. Postämtern
und Boten im Ort- u. Nachbar-
ortsverkehr vierteljährlich M. 1,35,
außerhalb desselben M. 1,35,
hierzu Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.
Veröffentlichungsblatt
der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklosterle u.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Rassortige 10 Pfg., die klein-
spaltige Garnanzahl.
Kleinanzeigen 15 Pfg. die
Zeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Fremdenliste
und Nebereinkunft.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 85.

Montag, den 14. April 1913.

30. Jahrg

Die Zukunft der Türkei.

Der wiederholt vertagte Frieden scheint nun wirklich näherzukommen. Die Mächte werden ohne Zweifel im wesentlichen ihren Willen durchsetzen, da nunmehr auch die Vorkämpfer anfangen, offen zuzugestehen, daß sie am Ende ihrer Kräfte sind und den Frieden brauchen wie das liebe Brot, das nun einmal ohne die Arme, die den Pflug führen, nicht wächst. Die Türkei ist schon lange zu jedem Frieden bereit. Hätte Vernunft und klarer Blick in Konstantinopel regiert, so wäre die Erkenntnis der absoluten Ohnmacht schon früher eingetreten und hätte vielleicht schon unter Kiamil Pascha zum Frieden geführt. Aber der türkische Scheldendrian und die Hoffnung auf Allah mächtige Hilfe, die den „Verantwortlichen“ die Verantwortlichkeit so außerordentlich erleichtert, hat auch in den schwersten Stunden in Konstantinopel die Oberhand behalten.

Dürfen wir hoffen, daß nach hergestelltem Frieden endlich die große Arbeit der Erneuerung der Türkei beginnen wird, die uns die Jungtürken versprochen haben und die keine Stunde verschoben werden darf, wenn es nicht zu spät sein soll? Noch bleibt der Türkei auch nach dem Verlust ihres europäischen Besitzes ein gewaltiges Land, das einer zehnmal so großen Bevölkerung üppiges Gedeihen sichern könnte. Kleinasien vor allem war in früheren Jahrhunderten die Kornkammer der Welt, und von hier aus ließe sich die Herrschaft über Syrien und Arabien leicht behaupten, wenn nur dafür gesorgt würde, daß alle Kräfte in den Dienst des Gemeinwohls gestellt werden, und wenn ein freier Bauernstand, unterstützt durch die Technik der Neuzeit, der fruchtbaren Erde tausendfältige Frucht abgewinnen könnte.

Aber wir dürfen uns nicht noch einmal täuschen, wie das schon einmal vor Ausbruch des Balkankrieges geschehen ist. Die Aussichten für eine solche Erneuerung sind nicht sehr groß. Vielmehr fehlt so gut wie alles, was zu einer Reorganisation gehört. Es bedürfte Männer wie Stein, Scharnhorst, Gneisenau, um der verrotteten, verarmten, verlorenen Türkei neue Menschen und neue Lebenskraft zu geben. Aber wo sind diese Männer und wo würden sie, wenn sie erständen, das Material finden, einen neuen Staat aufzubauen. Der Türke kennt keinen Mittelstand, er kennt nur Herren, die regieren und verwalten, und arme, geschundene Bauern, die seit Jahrhunderten gewöhnt sind, buchstäblich bis aufs Hemd ausgebeutet zu werden und allmählich alle Schwungkraft, alle Hoffnung, alle Tatbereitschaft verloren haben. Dazu

kommt eine beispiellose körperliche Erschöpfung. Professor v. Düring, der eine Reihe von Jahren im Dienst der türkischen Regierung Kleinasien durchwandert hat, um die sanitären Verhältnisse zu untersuchen, gibt in den „Süd-deutschen Monatsheften“ ein geradezu erschreckendes Bild der Gesundheitsverhältnisse in diesem „Kernland“ der osmanischen Macht. Danach kommt zu der entsetzlichen Unterernährung eine ungläubliche Verbreitung der Syphilis, der „fränkischen Krankheit“, die die Kinder im Mutterleib tötet und die Dörfer entvölkert. Und was die Krankheit nicht tut, das vollenden die Aushebungen zum Kriegsdienst, die in Kleinasien schonungslos die ganze Bevölkerung, vom Jüngling bis zum Greis, erfassen und die Bevölkerung dezimieren. Wenn diese Schilderungen zutreffen, so wird man bei allen guten Wünschen für die Türkei und bei aller Sympathie für ihre Leiden kaum starke Hoffnung hegen dürfen, daß dem tiefen Fall ein neuer Aufstieg auf kleinasiatischem Boden folgen wird.

Wir Deutsche haben besondere Ursache, diese Entwicklung mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Gerade in Kleinasien hat die deutsche Arbeit Kulturwerke ersten Ranges vorbereitet. Es sei nur an die Bewässerung der Ebene von Konia erinnert und an die großen Wohnbauten. Hier liegen Werte, die unter keinen Umständen verloren gehen dürfen, und deshalb wird die deutsche Politik darauf gerichtet sein müssen, die türkische Reorganisation nach Kräften zu fördern, zugleich aber im Falle eines Mißerfolgs dieser achtungswürdigen Bestrebungen dafür Sorge zu tragen haben, daß die Früchte der deutschen Arbeit nicht anderen in den Schoß fallen. Auch in England scheint Verständnis für diese deutschen Interessen zu bestehen, wenigstens hat das liberale „Komitee für auswärtige Angelegenheiten“ sich dafür ausgesprochen, England möge Kleinasien als deutsche Interessensphäre anerkennen. Sir Harry Johnston, der frühere Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, hat bei dieser Gelegenheit Kleinasien als Deutschlands „Klag an der Sonne“ bezeichnet.

Diese Entwicklungen liegen zweifellos noch im Schoß der Zukunft, und die deutsche Politik darf unter keinen Umständen etwas tun, sie zu beschleunigen. Ihr wäre am besten gedient, wenn die Türkei selbst genügend Stärke finden würde, um wirtschaftliches Gedeihen und Sicherheit in diesen zukunftsreichen Gebieten zu schaffen. Aber man wird leider von vornherein mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß früher oder später auch in Asien sich das Schicksal der Türkei erfüllen wird. Und dann darf Deutschland nicht zur Seite stehen.

Aus dem Reichstag.

DI. Berlin, 11. April.

Im Ballotgebäude gab es heute einen ruhigen Tag. Gleich nach Eröffnung der Sitzung sprach eingehend Friedrich Payer über die Deckungsvorlage, deren Schwächen immer mehr zu Tage treten, je weiter man in der Beratung fortschreitet. Widerstand gegen die Regierungsvorschläge zeigte sich nicht nur heute, sondern auch schon in den Vortagen auf allen Seiten des Hauses. Payer stimmte im Namen seiner Partei dem Beschlusse zu, nach dem die Entscheidung über die Wehr- und Deckungsvorlage nicht hinausgeschoben werden soll. Der einmalige Wehrbeitrag berähre seine Partei nicht unheimlich, nur gegen die Form der Deckungs- und Rüstungsausgaben führte er schwere Bedenken ins Feld. Er erklärte sich keineswegs mit der Forterhebung des Reichszuschlags auf den Grundstückssteuereinkommen und mit der Besteuerung der Versicherungsbeiträge einverstanden, um schließlich für die Kommissionsberatungen im Namen seiner Parteifreunde die Einbringung der Reichserbschafts- oder der Reichsvermögenssteuer in sichere Aussicht zu stellen.

Nach dem Fortschrittler sprach der Reichsparteiler v. Gamp, der im Gegensatz zu Payer die Steuer auf den Grundstückssteuereinkommen aufrecht erhalten will und die Herbeischaffung des Fehlbetrages in Form von Matrularbeitstragen als den gangbarsten Weg bezeichnete. War bei Herrn v. Gamp das Haus ziemlich verwaist, so füllte es sich wieder, als Graf Posadowsky die ersten Worte seiner heutigen Rede sprach. Der frühere Staatsminister findet immer das „günstige Ohr“ des Hauses. Er bezeichnete es als der wirtschaftlichen Gerechtigkeit entsprechend, wenn die Deckung der Wehrvorlage vorzugsweise von den besitzenden Klassen getragen werde. Dann wandte sich der Redner scharf gegen die Ausführungen der Regierung in der Begründung für das Erbrecht des Staates. In dem Gesetzentwurf liege ein tiefer Eingriff in das Familienrecht, jedoch man seinen Gedanken nicht folgen sollte. Solche Gedanken könne man in Büchern, Aufsätzen und Broschüren vertreten, aber eine Regierung sollte sie nicht in die Gesetzgebung einfügen. Graf Posadowsky hieß daher, daß dieser Gesetzentwurf von der Mehrheit des Hauses an der Schwelle der Beratungen abgelehnt werde.

Nach einer kurzen Rede des Reichsschatzsekretärs Kühn und nach einer nochmaligen Präzisierung des sozialdemokratischen Standpunktes durch den Abgeordneten

Das Glück am Genuß zu bitten,
Ist feig und Loren Witz
Eckampft nur und erstritten
Bleibt's Jenernder Best.
Eckart Fleischlein.

Schauspieler des Lebens.

Roman von Luise Westrich.

(Fortsetzung.)

„Es ist von Altes her mein Wunsch, mein Jwed und das Ziel meiner Arbeit gewesen, meinen Leuten möglichst viel von den Früchten ihrer Mühen zukommen zu lassen, ihnen und ihren Familien ein menschenwürdiges und nicht aller Freude bares Dasein zu ermöglichen. Sie begreifen, was mich der Entschluß kosten muß, ihnen weniger zu bieten, weniger noch als mein Vater bot.“

„Sie brauchen sich deswegen nicht zu genieren, Herr Kelling. Wenn der Lohn bei uns nicht paßt, der bleibt weg. Der Kontrakt ist gebrochen. Wir zwingen keinen. Ich meine aber, es wird ein jeder sich's als besondere Vergünstigung anrechnen, dem wir nach gestern Abend erlauben, zu üben einem Lohnsatz in Arnstfeld zu arbeiten. So viel Verständnis getraut ich mir schon in ihre dicken Schädel einzubringen. Soll ich die Liste der Arbeiter haben?“

Erwin reichte sie ihm. Fahrle zog einen Blaustift hervor und strich rasch und mit fester Hand Namen um Namen. Es waren Hunderte, Schmied Wehland und der rote Jakob an der Spitze; es waren alle darunter, denen der Ingenieur persönlich nicht wohlwollte.

Und Kelling entsetzte sich über die große Zahl; er wartete um jeden einzelnen. Was hatten diese Hunderte Schlimmeres verbrosen als alle die andern?

Aber Fahrle blieb unerbittlich: „Wenn Herr Kelling mir das Amt eines Betriebsleiters übertragen will, so übernehme ich damit eine Verantwortung. Mit Sozialdemokraten kann ich nichts anfangen.“

„Soll ich ihnen denn das Recht freier Meinung und Forderung, das Recht der Koalition, das ich ihnen eben zugesprochen habe, wieder wegnehmen?“

„Ja, das ist unbedingt notwendig.“

„Dungelöhne und Raufordzwang. Da wären wir wieder häßlich auf dem alten Fleck.“

Fahrle sagte nicht, was er dachte, daß es gescheiter gewesen wäre, diesen Standpunkt nie zu verlassen; er sagte einfach: „Wir ringen um unsere Existenz, Herr Kelling, um die Existenz des Werks in einer schweren Krise. Wenn das Werk zu Grunde geht, sind die Leute noch viel schlimmer dran.“

„Janzohl! erst das heiße Fieber der Reform, dann das kalte der Reaktion. Und ich vermah mich, diesen Menschen ein Arzt zu sein?“ — Aber sein Widerstand war gebrochen. „Sagen Sie die neue Arbeitsordnung auf, Herr Fahrle, nach Ihrer Einsicht; legen Sie sie mir vor und verhandeln Sie mit den Leuten. Ich will mich der Notwendigkeit beugen, bis ein guter Stern mir wieder erlaubt, meinem Willen zu folgen.“

Fahrle verneigte sich mit überlegenem Lächeln. „Aber nur erst die goldenen Früchte dieser Notwendigkeit.“ dachte er verächtlich, „sie werden Dir so wohl munden, daß Du Dein Lebtage noch nichts anderem verlangst.“

Er war ein großer Mann an diesem Tage. Alle Bureauen hallten wieder von seiner Donnerstimme; alle Treppe trachten und ächzten unter seinen stampfenden Füßen. Um Mittag war die neue Arbeitsordnung fertig und Erwin sah von seinem Fenster aus die Scharen der Arbeiter heranziehen; gesenkten Hauptes, mit verführten Mienen einen nach dem andern sich aufstellen vor dem Eingang von Fahrle's Bureau, bis ein blickter Anruf kummet. gebrochener, forntvoller Menschen sich zusammenballte; verschieden, o wie sehr verschieden von der mitunterbrannten Schar, die gestern vor dem Wohnhaus des Chefs lärmte und frohte; verschieden auch von jener, die mühsam schweigend mit Hurra die erste Arbeitsordnung begrüßte!

Einen nach dem andern ließ Johann ein, und er lehrte nach wenigen Minuten zurück, erleichtert, als Begrüßter, oder in bitterer Feindschaft und stummem Grimm, wenn des Unerbittlichen Urteil auf Verdammnis gelaunt hatte. Schmer bedrückte der Anblick der Nimmergestalten des jungen Reformators Herz. Er sah in seinem Gewissen die Not jedes einzelnen, und jedes einzelnen Schuld als die seine. Sie waren arme Toren, die blind ihren angebornen Trieben folgten; er war ein Wissender und hatte sich doch geirrt — zu ihrem Fluch! — Wohl dem, der selbst die Folgen seiner Nartheit trägt, am eigenen Leibe und allein! Andre darunter trachten und sich winden sehen, das erst ist Verdammnis.

Die Beratschleiden gingen nicht from. Sie kugelten

an den Türen des Bureau, neben den Schienen, auf den Höfen in Stellungen der Verzweiflung. Einige verlangten laut, den Chef selbst zu sprechen, andre ballten die Fäuste und murmelten über Ungerechtigkeit. Wieder andre starrten in dumpfer Ratlosigkeit vor sich hin. Und sie gingen nicht. Weiber, Kinder kamen herzu, hingen sich an sie, schluchzten und wehklagten.

Hinter dem Vorhang verborgen stand Erwin, schaute und konnte die Augen nicht abwenden, von Qual verbrannt. Im Herzen des Betrübtesten unter allen war mehr Sonnenschein, mehr Mut der Hoffnung als in seinem. Aber es schritt nicht ein. Fahrle hatte sein Ultimatum gestellt: „Sie oder ich! Nebeneinander haben wir nicht Raum.“ Er wollte nachgeben. Mit schneidender Bitterkeit fühlte er es: er konnte diesen Menschen nichts sein. Seine Leutseligkeit weckte nicht ihr Vertrauen, nur ihre Geringschätzung; sein guter Wille entfesselte ihre Bosheit. Wem nicht die feierlich überbe und das volltönende Wort zu Gebote stehen, ohne welche des Volkes Phantasie sich keinen Helden träumt, der weide des Volkes Augen, dasern er als Held anzu sehen werden will. Wollte er sich den Respekt erhalten, dessen jeder Chef bedarf, so mußte er in Zukunft wie ein Gott in Wolken über jenen thronen. Die Lehre war bitter. Aber er lernte. Er lernte rasch unter den brennenden Beispielen des Mißerfolgs und der fränkenden Erfahrung. Und selber und unerschütterlicher nur wuchs sein Entschluß in den Höllenqualen dieser Stunden; er wollte bleiben. Was auch in ihm und um ihn darüber bräche, er wollte bleiben, sein Reformationswerk von vorn beginnen mit vorsichtiger Hand und besserem Glück, zum Heil bereit, die ihn heute verfluchten.

Auch dieser Tag neigte sich zum Ende. Und Erwin gedachte an Florence Habelns Bitte: „Komm! Komm, so bald Du kannst.“ Er kam gern. O, Wohltat! endlich ausstrahlen von der Marterung dieses Tages in der Treue des einzigen Geschöpfes, das zu ihm gehörte, seinen müden Kopf an das Herz des lieben Mädchens zu lehnen, das ihn verkehren würde auch ohne Worte. Einmal, ein einziges Mal die streng geschlossenen Lippen zur Klage öffnen zu dürfen, war es nur zu einem Seufzer: einmal die brennende Stimmgabel an ihrer Hand zu fassen, ihre Stimme sprechen zu hören: „Verlaß das Schicksal, das Dich verfolgt, die Menschen, die Dich hassen. Ich liebe Dich.“

(Fortsetzung folgt.)

Emmel vertrat der nationalliberale Abgeordnete R. J. Land - Lücke den Standpunkt von der Notwendigkeit einer Erhöhung des Reichsriegelzuges gegenüber der Sozialdemokratie. Im Verlaufe seiner Rede brachte der Redner die Ansicht seiner Parteifreunde, wenigstens, was den linken Flügel der Nationalliberalen anbelangt, zum Ausdruck, indem er die Einführung der Reichserbschaftsteuer in Gemeinschaft mit einer Reichsvermögenssteuer wünschte, was Gelegenheit dazu gebe, bei beiden Steuern gleichzeitig vorzugehen.

Die Rede Payers.

Der Abgeordnete Payer führte in der gestrigen Reichstagsitzung aus:

Dem Beschluß, die Entscheidung über die Beherrschung und die Deckungsvorlage nicht zeitlich voneinander zu trennen, aus dem ein gesundes gegenseitiges Vertrauen (Sicherheit), schließen auch wir uns an. Das Wunderkind des einmaligen Wehrbeitrages hat im Hause eine recht gute Aufnahme gefunden und die Sozialdemokratie hat sogar die Vorterschaft für sich in Anspruch genommen. Ein prinzipieller Widerspruch wurde nicht erhoben und auch wir werden diese Harmonie nicht stören. Wegen der übrigen Vorlagen ist allerdings keine große Uebereinstimmung zu Tage getreten. Auch wir stehen in Einzelheiten meist auf einem abweichenden Standpunkt. Der Vorschlag, den bisherigen Kriegszug um das Doppelte zu erhöhen, hat eine besonders eingehende Würdigung in den Motiven der Vorlage nicht gefunden. Das uns bisher vorgelegte Material reicht zu einer definitiven Stellungnahme nicht aus, zumal die Ansichten der Sachverständigen in dieser Frage sich widersprechen. Wenn die Regierung aber glaubt, daß die vermehrte Ausgabe von keinen Kassenscheinen, die dadurch nötig wird, von der Bevölkerung gütlich aufgenommen wird, täuscht sie sich. Jedermann sperrt sich gegen dieses Papiergeld und sucht so etwas Alltägiges wieder abzustreifen. Wenn kein anderer Grund vorhanden wäre, müßte man sich schon aus ästhetischen Gründen gegen die Vermehrung der Scheine verwehren (Zustimmung). Für die Deckung der laufenden Ausgaben wird uns ein Bündel von Steuerentwürfen ohne jeden Zusammenhang präsentiert. Aus dem Erbrecht des Staates werden hohe Erträge nicht zu erzielen sein. Einen viel größeren Gewinn erwiese man den Finanzen des Reiches, wenn man alle Hinterlassenschaften, die hierfür in Frage kämen, zu einer hinreichenden Erbschaftsteuer heranzöge. Mit der Hin- und Ausschreibung des Vermögens für die Herabsetzung der Zuckerversteuer haben wir uns schon abgefunden; wir haben das nicht anders erwartet. Nicht einverstanden erklären können wir uns aber mit der Forterhebung des Reichszuschlags auf den Grundstücksumsatz-Stempel und mit der Besteuerung der Versicherungsbeiträge. Man nimmt dadurch den Einzelstaaten Steuern und überläßt es jenen, auf anderem Wege Ertrag zu schaffen. Offenbar glaubt man, daß die einzelstaatlichen Finanzminister mehr Fantasie und Erfindungsgabe auf dem Gebiete der Steuererhebung haben, als ein Reichsfinanzsekretär. Es fehlt jede Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen der Steuererhebung des Reiches. Die Mittelstandspolitik, die sich in diesen Vorschlägen zeigt, machen wir unter keinen Umständen mit. Mit aller Deutlichkeit müssen wir uns gegen den Vorschlag wenden, einen bedeutenden Teil der laufenden Ausgaben durch eine Erhöhung der Matrifularbeiträge um über 150 Prozent aufzubringen. Schon bei der Reichsfinanzreform von 1909 hat sich in der Kommission für diesen Gedanken eine Mehrheit ausgesprochen, doch hat jeder auf seiner Seite zu Protokoll gegeben, daß diese Abstimmung nichts gelte, da er seine Stimme nur dafür abgegeben habe, um über einen toten Punkt in den Verhandlungen hinwegzukommen. (Hört! Hört!) Die Gründe, die damals dagegen sprachen, gelten noch heute. Mit diesen veredelten Matrifularbeiträgen wird in keinem Fall das Bestreben erfüllt, daß die Kosten weiterer Rüstungen durch eine Besitzsteuer aufgebracht werden sollen. Der Verleghenheitsvorschlag, den Einzelstaaten eine Vermögenszuwachssteuer als Strafe aufzuzwingen, wenn sie nicht rechtzeitig ein Gesetz zur Ausbringung der erhöhten Matrifularbeiträge schaffen, war nur dadurch möglich, daß das Reich früher schon auf eine Vermögenszuwachssteuer verzichtet hat, und zwar, weil es ein Haat in diesem Entwurf gefunden hatte. Als positiven Gegenvorschlag machen wir den der Wiedereinführung der Reichserbschaftsteuer, die allen Anforderungen an eine Besitzsteuer entspricht und für die auch eine Mehrheit besteht. Gegen sie besteht kein anderes Hindernis als der Widerstand der Konservativen und des Zentrums, den zu brechen die Regierung nicht die Kraft in sich fühlt. Dabei habe ich das Gefühl, als ob auf der rechten und im Zentrum mancher sähe, der im innersten Herzen heillos wäre, wenn er in dieser Frage überstimmt würde. Ich hoffe, daß in Kürze recht vielen diese Freude bereitet wird. (Heiterkeit). Wenn die Regierung an der Beibehaltung der Sozialdemokratie zu einer Reichserbschaftsteuer Anstoß nimmt, ist ihr entgegenzuhalten, daß sie die Unterstützung der Sozialdemokratie bei der elsass-lothringischen Verfassungsfrage recht gern angenommen hat. Ich habe auch nicht gehört, daß sie den Bestand der Sozialdemokratie und den der Reichskommission aus ethischen Gründen zurückgewiesen hätte. (Zustimmung links). Außer diesem haben wir keinen anderen Vorschlag, als den einer Reichsvermögenssteuer, sonst wird man in ganz kurzer Frist wieder mit neuen Steuerentwürfen, ganz ähnlicher Art wie die vorliegenden, an uns herontreten. Der einzige Grund, der gegen eine Reichsvermögenssteuer spräche, wäre die Rücksicht auf die schwerliche Selbständigkeit der Bundesstaaten. Aber auf diese hat die Reichsvermögenssteuer der letzten Jahre nicht die geringste Rücksicht genommen. (Sehr richtig links.) Die Einzelstaaten sollten ihren Widerspruch gegen eine Reichsvermögenssteuer aufgeben, sonst rächt die Gefahr in die Nähe, daß ihnen das letzte Besteuerungsobjekt, das Einkommen, auch noch vom Reiche weggenommen wird. Die Lantiensteuer hat damit schon den Anfang gemacht. Die Reichsvermögenssteuer wird kommen, früher oder später. Wenn erst die Kassen für den einmaligen Wehrbeitrag zusammen sind, wird der Anreiz auf die Regierungskasse steigen, zur dauernden Besteuerung der Vermögen zu greifen. Die Vermögensabgabe ist tatsächlich eine Besitzsteuer. Diese Leute werden nicht in der Lage sein, die Steuer aus den Erträgen ihres Vermögens zu zahlen und müssen deshalb das Kapital angreifen. Wenn der schöne Gedanke des Wehrbeitrages schon im Oktober in die Welt gesetzt worden wäre, so wären die Anforderungen bescheidener gewesen. (Sehr richtig! bei den Fortschrittlichen). Für die Staffelung ist eine Mehrheit vorhanden. Die kleineren Vermögen, von deren Anteil der Besitzer nur ein bescheidenes Dasein halten kann, müssen freibleiben. Eine Doppelbesteuerung des Vermögens muß auf alle Fälle vermieden werden, ebenso eine Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften. Die Steuerfreiheit der Bundesstaaten ist nicht nur eine juristische, sondern vor allem auch eine moralische Frage. Seit der Finanzreform von 1909 gehen wir den Beratungen dieser Kommission mit einer ge-

wissen Skepsis gegenüber. Jede Abnung ist da gerechtfertigt durch die Vergangenheit. Wir werden unbesonnen und vorurteillos in der Kommission arbeiten, um ein Unheil zu verhindern und danach streben, die Verteilung der Lasten mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen vorzunehmen. (Beifall links).

Der Balkankrieg.

Wien, 12. April. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Belgrad: In einer Versammlung sämtlicher kommerzieller Kammern des Landes wurde nach kurzer Debatte einstimmig beschlossen, wegen der Haltung Oesterreich-Ungarns in der albanischen Frage gegen die Monarchie den Boykott zu proklamieren und die Verbündeten aufzufordern, sich ihm anzuschließen.

Athen, 12. April. Auf telegraphischer Anordnung des Finanzministeriums werden von heute an sämtliche Verträge von der Insel Kreta und aus den von Griechenland besetzten Gebieten von den Eingangszöllen in den griechischen Häfen befreit sein.

Paris, 12. April. Dem „Temps“ wird aus Cetinje gemeldet, daß der bulgarische Gesandte heute die montenegrinische Regierung ersucht habe, die Belagerung Skutars aufzugeben. König Nikita habe dies aber verweigert.

Konstantinopel, 11. April. Der amtliche Kriegsbericht besagt: Oestern fand vormittags ein unbedeutendes Artilleriegefecht auf dem linken Flügel der Tschataldschalinalinie statt. Darnach herrschte auf diesem Flügel wie auf den übrigen Punkten der Linie vollkommene Ruhe. Der Bulair hat sich nichts Neues ereignet. Oestern feuerte ein griechisches Torpedoboot einige Schiffe gegen die Küste von Kivalt und wendete sich dann gegen Eremit. Durch das Bombardement wurden einige Häuser zerstört, sonst jedoch kein Schaden angerichtet. Die Regierung trifft Vorkehrungen zur Verteidigung der Küste und zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Wien, 12. April. Der Präsident der provisorischen Regierung von Albanien, Ismail Kemal, erklärt in der „Albanischen Korrespondenz“, der Hauptzweck seiner Europareise mit Issa Boherinaz sei, gegen die Lostrennung Kossowos von Albanien zu protestieren, um Europa aufmerksam zu machen, daß wegen der grenzenlosen Not in Albanien sofort nach der Räumung des Landes von den fremden Truppen eine umfassende Hilfsaktion eintreten müsse. Ismail Kemal erklärte ferner, daß er dem Herzog von Montenegro, der ihm seine Absicht, sich um den albanischen Fürstenthron zu bewerben, mitgeteilt habe, seine Unterstützung verweigert habe.

Deutsches Reich.

Die deutsch-französische Verständigungskonferenz.

Berlin, 10. April. Das Einladungsschreiben zu der internationalen Verständigungskonferenz, die am 20. April in Bern stattfinden soll, ist von 14 Abgeordneten der Schweiz, zumeist der sozialdemokratischen, demokratischen oder katholisch-konservativen Partei angehören, unterzeichnet worden. Es wird darin gesagt, nicht der Inhalt, sondern der Zeitpunkt der Einbringung der deutschen und der französischen Wehrvorlage sei europäischer, Beunruhigungen hervorzurufen und selbst den europäischen Frieden zu gefährden. Die Einladungen erfolgten, um den Mitgliedern der beiden Parlamente, die diese Auffassung teilen, Gelegenheit zu bieten, auf neutralem Boden einen Weg zum Ziele der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu suchen.

Frankfurts erster Bürgermeister.

Aus Frankfurt M. wird berichtet: In nächstfolgender Sitzung wurde die Bürgermeistereiwahl vorgenommen. Gewählt wurde Stadtrat Dr. Luppe mit 38 Stimmen, außerdem erhielt Stadtverordneter Dr. Heilbrunn 18 Stimmen und Stadtrat Professor Dr. Bleicher 14 Stimmen. Luppe erhielt die Stimmen der Sozialdemokraten und eines Teils der Fortschrittlichen Volkspartei, Heilbrunn die Stimmen des größten Teils der Volkspartei und Bleicher die der Nationalliberalen. Luppe ist 38 Jahre alt und in Kiel als Sohn des dortigen Oberrealschuldirektors Professor Dr. Luppe geboren. Seit 1900 ist er in Frankfurt a. M. tätig.

Der badische Großbock. Die nationalliberale „Freiburger Zeitung“ in Freiburg veröffentlicht eine parteiamtliche Notiz, wonach für die badischen Landtagswahlen auf das Zustandekommen eines Großbocks zum ersten Wahlgang kaum mehr zu rechnen ist. Hingegen kann er für die Stichwahlen als durchaus jeßzuhaltendes Ziel betrachtet und schon jetzt für gesichert angesehen werden. Diese und andere in den Blättern veröffentlichte Mitteilungen können derzeit nur als Kombinationen bezeichnet werden, da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, so daß von einem Ergebnis nach der einen oder anderen Richtung hin nicht gesprochen werden kann.

Lustbarkeitssteuer in Karlsruhe. Der Karlsruher Stadtrat hat dem Bürgerausschuß eine Vorlage zugehen lassen, in der er die Einführung einer Lustbarkeitssteuer mit Ausnahme der für wohlthätige Zwecke bestimmten Aufführungen, aber einschließlich der Kinetographentheater, beantragt. Die Steuer ist als Kartenssteuer gedacht und beträgt bei einem Eintrittsgeld von 50 Pfg. 5 Pfg., bei einem höheren Eintrittsgeld für jede weiteren 50 Pfg. 5 Pfg. Der jährliche Reinertrag wird auf 57 000 Mark geschätzt.

Der Bund der Industriellen hat auf den 15. April seinen „Großen Ausschuß“, dem die Vertreter der dem Bunde angeschlossenen industriellen Körperschaften und Verbände angehören, nach Berlin zu einer Sitzung einberufen, um die Stellungnahme der im Bunde der Industriellen vereinigten Industrien zu den vom Bundesrat gemachten Deckungsvorschlägen der neuen

Wehrvorlage darzulegen. Die Berichterstattung über die Deckungsvorlage ist von den früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Strömann, Präsidialmitglied des Bundes der Industriellen und Bankdirektor Dr. Weber übernommen worden.

Aus dem Elsaß. Die Zweite Kammer hat die dritte Lesung des Etats beendet und ihn mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Bemerkenswert war die Abstimmung über den kaiserlichen Gnadenfond. Nachdem er gemäß einem Änderungsantrag des Zentrums und der Fortschrittler wieder in den Etat eingelegt worden war, gelangte er in einmaliger Abstimmung mit 27 gegen 19 Stimmen zur Annahme.

Ausland.

Die Tarifreform Wilsons. Selbst aus demokratischen Kreisen erhebt sich unerwartet lebhafter Widerspruch gegen die Tarifreform Wilsons. Viele Senatoren, die eine allmähliche Herabsetzung der hohen Schutzzölle befürworten, halten Wilsons Reform, die von diesem weniger als wirtschaftliche Maßnahme sondern in erster Linie als Parteiprogramm verstanden wird, für überflüssig. Bei den demokratischen Führern des Kongresses sind auch zahlreiche Klagen gegen Parteien der Reform eingelaufen. Der Süden beklagt sich über die Herabsetzung der Zuder- und Baumwollzölle, dem Westen sind Fleisch und andere Nahrungsmittel zu hoch besteuert, der Norden wünscht einen höheren Wehzzoll und die kanadischen Grenzstaaten beklagen sich darüber, daß künftig Kanada billiger liefern wird, als die Vereinigten Staaten selbst. Der Widerstand gegen die Tarifreform stammt jedoch ausschließlich aus Börsen- und Fabrikantenkreisen. Die breite Volksmasse begrüßt Wilsons Vorgehen und erhofft eine Verbilligung der jetzt größtenteils sehr teuren Lebensmittel. Bezeichnend ist, daß selbst Andrew Carnegie, der von der Einkommensteuer hart betroffen wird, die Tarifreform billigt und in ihr einen wirtschaftlichen Fortschritt sieht.

Aus den Augen — aus dem Sinn. Die Unklarheit der Politik und der Wechsel der Volksgunst trafen bei der am Donnerstag in Paris erfolgten Einführung der Leiche des früheren Vorkämpfers Ernest Cernuschi nach dem Bahnhofe deutlich zu Tage. Nur 50 Personen folgten dem Sarge des Verstorbenen, der vor 25 Jahren während der Boulangerkriege durch seinen Kampf gegen Chauvinisten und Monarchisten der Retter der Republik wurde, unter ihnen 2 politische Kämpfer seiner Zeit, die beiden früheren Präsidenten Loubet und Fallières. Präsident Poincaré und die beiden Kammerpräsidenten ließen sich nur vertreten.

Die englischen Suffragetten. Nicht weniger als 14 Frauen hungerstreiken gegenwärtig im englischen Gefängnis. Frau Parbury ist noch immer nicht entlassen. Ihr zu Ehren fand in der Albert Hall eine Versammlung statt, in der von neuem zu Gewalttaten aufgereizt wurde. Eine eingeleitete Geldsammlung als Protest gegen die Zwangsmassregeln der Regierung brachte in einer halben Stunde die ungeheure Summe von 300 000 Mark. Unter den anwesenden Gästen wurde der bekannte Zionistenführer Israel Jangwill viel bemerkt.

Rom, 11. April. Kardinal Merry del Val empfing heute im Namen des Papstes 2000 Pilger aus Vicenza unter Führung des Erzbischofs Ghetti, der eine Gebetsadresse an den Papst verlas. Merry del Val erwiderte, der Papst bedauere, die Pilger nicht selbst empfangen zu können wegen seiner Krankheit, die Gott sei Dank leicht und im Abnehmen begriffen sei.

Württemberg.

Württembergischer Landtag.

w. Stuttgart, 11. April.

Beratung des Kultetats.

Die Zweite Kammer begann heute die Beratung des Kultetats. Der Abg. Leymann (Soz.) lenkte dabei die Aufmerksamkeit des Hauses auf eine Frage des Kinderzuges, nämlich die Schulbildung der sogenannten Hütelkinder, für die von der Regierung gar nichts getan werde und stellte, nachdem Kultminister Dr. v. Habermaas erklärt hatte, das Gesetz lasse nicht zu, diese Kinder zum Schulbesuch zu zwingen, den Antrag, die Regierung zu ermahnen, darauf hinzuwirken, daß diese Kinder während ihres Aufenthalts in Württemberg dem Schulzwang unterworfen werden. Der Minister und mehrere Redner wandten sich gegen diesen Antrag. Der Minister betonte noch, daß mit Oesterreich bereits Verhandlungen angebahnt seien, die erkennen lassen, daß die Angelegenheit zu einem guten Ende geführt werde.

Mehr Zustimmung fand ein von dem Abg. v. Gauß gestellter Antrag, worin das Haus von den Erklärungen der Regierung Kenntnis nimmt und diese ersucht, die wegen Einführung der Schulpflicht erforderlichen Erhebungen anzustellen und ihre Bemerkungen, eine Verständigung mit der österreichischen Regierung wegen der Schulpflicht herbeizuführen, fortzusetzen. Der Auffassung, als ob die Kinder in unzulässiger Weise ausgenützt würden, wurde von mehreren Abgeordneten des Oberlandes entgegengetreten. Der Antrag Gauß wurde schließlich, nachdem der sozialdemokratische Antrag abgelehnt worden war, einstimmig angenommen.

Beim Kapitel Beibehaltung der evangelischen Kirchenbiener lag ein Ausfühsantrag, eine Eingabe des Kirchengemeinderats Pörsbach O. A. Calw um Errichtung eigener eigenen Pfarrei 1. der Regierung zur Kenntnisnahme zu übergeben, 2. die Bereitwilligkeit auszusprechen, eine etwaige Ueberschreitung nicht zu beanstanden, vor. Staudenmeyer und Fischer (Sp.) sprachen sich für den Antrag des Finanzausschusses aus. Letzterer hebt die außerordentliche soziale und ethische Tätigkeit der Geistlichen hervor und bemerkt, daß er nur für einen Teil seiner Parteifreunde gesprochen habe.

v. Gauß (Sp.): Der Staat solle nicht über das hinausgehen, wozu er verpflichtet sei. Die Kirche solle



hererseits selbst für die weiteren Bedürfnisse sorgen. Kultminister v. Habermaas bittet um Annahme des Ausschussesantrags. Die Regierung werde von der ihr darin gewährten Freiheit bei dem Gebrauch machen. Andre (S.) begrüßt die Stellung Fischers. Bei dessen Ausführungen sei es ihm gegangen, wie den Engländern im Himmel, bei denen über einen Sünder der Buße tut, mehr Freude sei, als über 99 Gerechte. Die Ausführungen Fischers stehen aber in direktem Widerspruch mit den Ausführungen des „Proboters“.

Saßmann (Sp.): Der Staat sei der Kirche aus Billigkeitsgründen sehr weit entgegengekommen. Es handle sich jetzt darum, ob die Regierung über ihr eigenes Programm hinausgedrängt werden solle. Das sei schon bei staatlichen Aemtern nicht richtig, sei aber doppelt unrichtig bei dieser Sache und doppelt unrichtig bei den besonderen Verhältnissen dieses Jahres. Dagegen sei der Gesichtspunkt, der Zweck sei sympathisch, nicht ausschlaggebend. Wenn man dazu übergehe, jede Eingabe einer Pfarrgemeinde zu verhandeln, werde die Geschäftslast bei uns ins Unermessliche gesteigert. Er könne daher weder den ersten Antrag noch den zweiten sachlich und generell unmissig unterstücken. Es sei also unrichtig, wenn die Mehrheit verhärtet durch Mitglieder der Volkspartei die bisherige Tradition verlasse. Die Debatte habe im übrigen bewiesen, wie notwendig es sei, mit der Denkschrift der Trennung voranzugehen. Die Anhänger des Ausschusses erwideren die Auseinandersetzung von Kirche und Staat und führen ein Staatskirchenrecht herbei.

Fischer (Sp.) sucht seinen Standpunkt zu rechtfertigen. Seine Zugehörigkeit zur Volkspartei habe er den gewöhnt, seine kirchlichen Anschauungen behalte er sich aus staatsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Gründen vor. Unterstützung fand der Antrag ferner durch die Abg. Wolff (Abd.), und Dr. Dieber (N.), sowie durch den Kultminister der ihn begrüßte, ferner durch den Abg. Speh-Wangen. **Saßmann (Sp.)** fragt an, ob die Darstellung des Abg. Wolff, daß der Kultminister die Kommission eingeladen habe, den Etat hinauszuführen, richtig sei. Kultminister v. Habermaas: Von einer derartigen Einladung könne keine Rede sein. Der Antrag des Finanzausschusses wird im ersten Teil widerspruchlos angenommen. Beim zweiten Teil erfolgt namentliche Abstimmung. Er wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und eines Teils der Stimmen der Volkspartei (Sachmann, Gaus, Schief, Augst, Beh und Schuch) mit 57 Stimmen angenommen. **Roth (Sp.)** entsetzt sich der Abstimmung. Hier wird abgebrochen.

Schluss der Sitzung 1 Uhr. Nächste Sitzung Samstag vormittag 9 Uhr.

Stuttgart, 12. April. Der bekannte volksparteiliche Abgeordnete August-Gerabronn feierte heute seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Anlaß war sein Platz von der fortschrittlichen Fraktion mit einem Blumenkranz geschmückt; auch wurde dem Jubilaren ein Gedicht überreicht, in welchem seine Verdienste als Abgeordneter und Volksparteiler gebührend hervorgehoben sind. — Die auf eine Anregung Sachmanns bis heute vertagte Abstimmung über die Anträge zum Lehrerbesoldungsgegesetz ergab folgendes Resultat: Der Antrag Eisele, bei den Bezügen der an den höheren Lehranstalten beschäftigten rufständigen Lehrer eine Minderung nicht eintreten zu lassen, wurde abgelehnt; der Antrag Eisele-Wiesand, bei den Bezügen der rufständigen Lehrer an Volks- und Mittelschulen eine Minderung nicht eintreten zu lassen, wurde durch eine Mehrheit der Rechten angenommen.

Zur Submissionsfrage. Die Errichtung des ersten Submissionsamtes in Württemberg in Angliederung an die Reutlinger Handwerkskammer wurde in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Vorstands und des ständigen Submissionsausschusses der Kammer in Eorb beschlossen. Einmal sollen damit die betreffenden Behörden durch Vorschlag geeigneter Sachverständigen zur Prüfung der Offerten unterstützt werden, und zum will dieses neue Amt den Handwerkern helfend zur Seite stehen durch die Ermittlung der Selbstkosten bei Ausschreibungen, durch Beratung des Submittenten und durch Anregung und Förderung von Lieferungsverbänden und Genossenschaften. Dieses Submissionsamt, das einen jährlichen Aufwand von 6000—8000 Mark erforderlich machen dürfte, soll eine vermittelnde Stelle sein, die eine Kontrolle über die Behörden nicht beansprucht, sondern auf ein vertrauensvolles Zusammenwirken von Behörden und Handwerkern und ihrer Organisationen hinwirken soll. Für größere staatliche Submissionen wird die Errichtung einer Landesubmissionszentrale im Anschluß an die K. Zentralstelle für Gewerbe und Handel empfohlen.

Zum Schwäbischen Sängertag. Aus Tübingen wird gemeldet: Für die Veranstaltung des Begrüßungsabends am 21. Juni ist nunmehr das schöne alte Schloß und zwar nicht bloß der Schloßhof, sondern auch der gewaltige Fürstensaal gesichert, dank dem Entgegenkommen der staatlichen Behörden, namentlich der K. Domänenverwaltung. Damit erhält das Fest eine Vereinerung, die Tübingen vor allen bisherigen Feststätten auszeichnet. Zugleich wird diese Eröffnungsfeier auf dem Schloße an die Feste von 1843 und 1857 erinnern, wo die Vereine beidemals unter Säckers Leitung in demselben Hofe sangen, nur daß damals die von der Universitätsbibliothek gestifteten Schloßräume nicht zur Verfügung standen. Nimmt man noch den herrlichen Festplatz auf dem oberen Böhrd dazu, dessen Alleen zum Teil schon vor längerer Zeit, zum Teil erst neuerdings erweitert worden sind, so darf wohl gesagt werden, daß kaum ein Sängertag unter so günstigen äußeren Bedingungen gefeiert wurde. Das Fest selbst ist nun glücklicherweise vom Bundesausschuß in einem Raum, der Sängertag, und an einem Tag, am 22. Juni, belassen worden. Es wird allerdings bei einer Beteiligung von 93 Vereinen von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr dauern. Schon um 7 Uhr werden die Tübinger Bundesvereine in die Festhalle ziehen, wo in kurzem Festakt die Bundesfahne übergeben und übernommen wird.

Stuttgarter Hoftheater. Spielplan: Großes Haus: Sonntag 13. April: Witterdämmerung (5). Mittwoch 16. April: Madame Buttersch (8). Donnerstag 17. April: Die Riebelingen (7 1/2). Freitag 18. April: La Bohème (8). Sonntag 20. April: Reueinlubiert: Tannhäuser (7). Montag 21. April: Coriolan (8). Kleines Haus: Sonntag 13. April: Charleys Tante (7). Montag 14. April: Die Dame in Rot (8). Dienstag 16. April: Figaros Hochzeit (7 1/2). Freitag 18. April: Zum ersten Mal: Gefährliche Liebe, Schauspiel in 5 Aufzügen von Wih. v. Scholz (8). Samstag 19. April: Anatol (8). Sonntag 20. April: Gefährliche Liebe (7).

Rottweil, 11. April. Nach einem hier eingegangenen Erlaß konnte dem Gesuch der Stadtgemeinde um Veräuflichung bei der Stationierung der durch die neue Heeresverteilung vorgesehene Bataillone aus militärdienstlichen Gründen nicht entsprochen werden.

Ulm, 11. April. Der städtische Hauptetat, der gestern von den bürgerlichen Kollegien festgestellt wurde, schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 5729517 Mark ab. Die Ausgaben sind gegenüber dem Vorjahr um 318685 Mark gewachsen, was in der Hauptsache durch die Aufwendungen aus dem neuen Krankenhaus und auf die neue Donaubrücke, dann auf vermehrte Schulkosten und erhöhte Ausgaben beim Tiefbauamt zurückzuführen ist. Die gesteigerten Ausgaben machten es nötig, eine Erhöhung der Gemeindeumlagen von 6,1 auf 6,6 Proz. der Kataster- und Gemeindefinkommensteuer, von 41 auf 46 Proz. der staatlichen Einkommensteuer vorzunehmen. Von den bürgerlichen Kollegien wurde dann der Zinsfuß der städtischen Sparkasse für Einlagen auf 4 Proz. und für hingebene Darlehen auf 4 1/2 Prozent erhöht.

Schloßberg Dk. Reesheim, 11. April. Nachdem in letzter Zeit wieder einige Pockenfälle in Hartselbeldgemeinden vorgekommen waren, wurde ein solcher Fall nunmehr auch von der hiesigen Gemeinde gemeldet. Es sollen deshalb umfangreiche Impfungen in den dem Oberamtsbezirk benachbarten Gemeinden vorgenommen werden, wobei auch nicht impflichtige Einwohner sich unentgeltlich impfen lassen können.

Nah und Fern.

Der Wettersturz

hat ganz Deutschland in eine Schneelandschaft verwandelt. Im Schwarzwald liegt bei 5—6 Grad Kälte eine dichte Schneedecke, ebenso auf der Alb. In der Rheinebene sind die Blüten teilweise erfroren. Am oberen Neckar hat der Wettersturz nicht viel geschadet, weil dort die Vegetation noch ziemlich zurück ist. Die Bitterung war dort, wie auch auf der Alb, schon in den letzten Tagen außerordentlich rau und unfreundlich. Im Wejer- und Juldatal liegt der Schnee bis zu 20 Zentimeter hoch. Aus der Reichshauptstadt wird gemeldet, daß Berlin gestern bei einer Temperatur von nahezu Null Grad wiederholt in dieses Schneegerüst eingehüllt war. An der Ost- und Nordsee herrschen derart starke Schneestürme, daß zwischen Misdroy und Dievenow ein Torpedoboot gestrandet ist und von Spinmünde aus Hilfe geschickt werden mußte. — April du treibst es doch zu toll!

Kleine Nachrichten.

Donnerstag abend ließ sich eine nervenranke Frau aus Stuttgart, die sich in einer Göppinger Heilanstalt beband, von dem nach Stuttgart fahrenden Abendschnellzug überfahren.

Gegenüber Blättermeldungen betreffend den Tod des Gymnasialen Niemann aus Charlottenburg läßt die Staatsanwaltschaft durch das Polizeipräsidium Charlottenburg erklären, daß die Sachlage so wenig geklärt sei, daß die Frage, ob Selbstmord oder Tötung vorliegt, vorläufig noch nicht entschieden werden könne.

Spiel und Sport und Luftschiffahrt.

Friedrichshafen, 11. April. Das neue Zeppelin-Luftschiff „Sachsen“ wird im Mai nach Augsburg fahren und eine Landung auf dem großen Exerzierplatz vornehmen. Um diese Zielfahrt nach Augsburg veranstalten zu können, hat die „Telegraf“ das besondere Entgegenkommen gezeigt, sowohl für die Hin- als auch für die Rückfahrt des Luftschiffes die Beteiligung von je 10 Fahrteilnehmern zu bebedingen, wozu je die doppelte Anzahl Passagiere beansprucht wird. Die Fernfahrt kostet 250 Mark, der Rundflug 100 Mark. Damit die in Aussicht genommene Veranstaltung auf sicheren Füßen steht, wird in Augsburg ein Garantiefonds gesammelt.

Buenos Aires, 12. April. Der argentinische Flieger Perez Argeno ist in der Nähe von Rosario aus 400 Meter Höhe abgestürzt und war sofort tot.

Gerichtssaal.

Strasburg, 11. April. Ein auffehrender Prozeß wurde gestern vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt. Unter der Anklage des Betruges hatten sich die Wirtin Bierlein des bekannten Restaurants „Lobner“ und ihre Tochter zu verantworten. Beide waren beschuldigt, ihre Kellnerinnen dadurch betrogen zu haben, daß sie ihnen zu wenig Biermarken für den angerechneten Betrag verabfolgten. Zu der Verhandlung waren 42 Zeugen geladen. Das Gericht verurteilte die Wirtin zu 700 Mark Geldstrafe, eventuell 3 Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten. Die Tochter wurde freigesprochen. Der Betrag, um den die Kellnerinnen betrogen wurden, beziffert sich auf etwa 2000 Mark.

Strasburg, 10. April. Wegen Beleidigung des Kommandeurs der Schutztruppe hat sich der verantwortliche Redakteur Fischer der sozialdemokratischen „Freien Presse“ vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Ende September vorigen Jahres war der aus Strasburg gebürtige Reiter Müller auf einem Patrouillenritt in Deutschsüdwestafrika von Eingeborenen erschossen worden. Das Kommando der Schutztruppe hätte die zuständige militärische Behörde in Berlin von dem Tode des Reiters verständigt, welche die Nachricht an das Garnisonkommando in Kiel, den damaligen Bohnsitz der Eltern Müllers, weitergab. Da die Familie Müller inzwischen nach Strasburg gezogen war, erhielt sie die Mitteilung von dem Tode ihres Sohnes früher als den Zeitungen als auf amtlichem Wege. Die „Freie Presse“ hatte ihrer Mitteilung über den Fall einen Kommentar über die Behandlung der Soldaten beim Militär hinzugefügt und in einem Artikel

unter dem Titel „Der Tod im afrikanischen Wäldchen“ behauptet, der Soldat sei nur solange etwas wert, wie er den Affentritt. Das Kommando der Schutztruppe schickte sich deswegen beleidigt und strengte Klage an. Der Angeklagte wurde zu einer Geldstrafe von 100 Mark und Publikation des Urteils verurteilt.

Kunst und Wissenschaft.

Ein neues Mittel gegen die Schlafkrankheit.

In einer Versammlung französischer Ärzte und Kolonialfachleute gab der Direktor des Pasteur'schen Instituts in Brazzaville, Dr. Aubert, bekannt, daß ihm die Entdeckung eines Heilmittels gegen die Schlafkrankheit gelungen sei. Bereits seit 4 Jahren werden in den von der Schlafkrankheit besonders heimgeleschten französischen Kolonialgebieten mit Moxgelninjektionen gute Erfolge erzielt, indem es gelingt, Eingeborene für einige Monate immun zu machen. Jetzt hat Dr. Aubert zwei Arsenpräparate hergestellt, von denen er nicht nur eine Immunisierung, sondern eine vollständige Heilung der Schlafkrankheit erhofft. Die Präparate werden in den nächsten Monaten von französischen Kolonialärzten praktisch erprobt werden. Die Versammlung hat weiterhin in einer Resolution folgende Forderungen für von der Schlafkrankheit verheulten Gebiete aufgestellt: 1) Vermehrung der Ärzte in Zentralafrika, 2) Einführung eines Sanitätspasses für Eingeborene, da die Seuche vielfach durch herumziehende Schlafkranke verschleppt wird, 3) militärische Aushebungen der Eingeborenen dürfen nur unter Aufsicht eines europäischeren Arztes vorgenommen werden, 4) wirtschaftliche Besserstellung der Eingeborenen, die infolge von Unterernährung für die Krankheit sehr zugänglich sind.

Handel und Volkswirtschaft.

Finanzieller Wochenrückblick.

Die Börse ist ihrer ganzen Zusammensetzung und Berufsausgabe nach dafür eingenommen, politische Schwierigkeiten lieber mit der Macht des Geldes als mit der Gewalt der Waffen zu lösen. Sie ist deshalb auch im Prinzip durchaus damit einverstanden, daß, wie es jetzt heißt, der König Nikita von Montenegro sich und sein Reich mit einer angemessenen Geldentschädigung abfinden läßt, anstatt, wie es zuerst freileich geschworen hat, entweder zu sterben oder Skutari zu erobern. Leider steht diese neueste Wendung im Gange der Balkanereignisse noch nicht sicher fest. Sie vermochte deshalb auch am letzten Tage der Berichtwoche nicht mehr völlig die überaus ungünstige Wirkung der vorhergegangenen unruhigen Tage auf den Kursstand wieder auszugleichen. Der tiefe Ernst, der aus den Reden des Reichsfinanziers und des englischen Staatssekretärs des Auswärtigen herausklang, hatte trotz der ausdrücklichen Versicherung, daß die größte Gefahr bereits abgewendet erscheine, doch auf die ganz Unternehmungslust einen lähmenden Einfluß ausgeübt und neue Verkäufe mit entsprechenden Kursrückgängen veranlaßt. Wichtige Konjunkturberichte machten überhaupt keinen Eindruck. Auch das Heruntergehen des Privatdiskonts unter 4 1/2 Proz., das eine Erleichterung des Geldmarktes erkennen läßt, hatte zunächst noch nicht den erwarteten Erfolg. Immerhin ist die Erholung der festverzinslichen Anlagepapiere als ein gutes Vorzeichen für den bevorstehenden Umschwung der Tendenz anzusehen. Nachstehend die wichtigsten Kursveränderungen: 4proz. Reichsanleihe plus 0,30, 3 1/2proz. plus 0,40, 3proz. minus 0,20, 4proz. Württembergischer plus 0,30, 3 1/2proz. plus 0,25, 3proz. plus 0,20, Nationalbank plus 0,30, Dresdener Bank plus 0,40, Diskont plus 0,50, Deutsche Bank minus 1,75, Kanada minus 1,30, Französisch plus 0,10, Lombarden plus 0,20, Dapag minus 2,25, Lloyd minus 0,75, Hanse minus 1, Bochum minus 2,70, Deutsch-Lux minus 1,35, Gelsenkirchen minus 1, Harpen minus 1,90, Doersch minus 2,10, Bödny minus 1,15, Rheinisch minus 1,75, Rombach minus 2, Köln Rottweil minus 2, Deutsche Wafen minus 2,50, Daimler plus 11, Siemens u. Halske minus 2, A. G. minus 2,75, Kunstseide minus 2.

Die Getreidemärkte haben sich auf die Nachricht, daß die Saaten zwar im allgemeinen ordentlich überwintert haben, vielfach aber wegen später Bestellung noch schwach entwickelt sind, in dieser Woche etwas befestigt, wozu auch das durch die Feldbestellung bewirkte Nachlassen des Angebots und das neuerdings wieder cauter gewordene Wetter beitragen. In Berlin zogen die Weizentermine um 1 bis 2 1/2, die Roggentermine um 2 bis 3 Mark an. Auch die amerikanischen Preise haben sich um einen Punkt gehoben. Die Tendenz für Hafer bessert sich nur langsam.

Der Kaffeemarkt war wieder starken Schwankungen ausgesetzt und erfuhr zum Schluss einen empfindlichen Preissturz, der sich in Hamburg auf 3 1/2 bis 4 1/2 Pf. bezifferte. In der Hauptsache ging die Abwärtsbewegung von der New Yorker Beißspekulation aus, die die Termine anfangs drückte. Zum Schluss gab es aber infolge plötzlicher Deckungskäufe eine Ueberrückung, sodaß New York um 30 bis 38 Punkte höher schloß, was wohl auch wieder zu einer Erholung in Hamburg führen dürfte.

Die Haltung des Zuckermarktes war unentschieden. Die Realiquidation brachte in Magdeburg keine größere Bewegung. Auch die Nachricht, daß in Deutschland mit einem Winteranbau von 3 bis 5 Proz. und für Oesterreich mit einem solchen von 5 bis 6 Proz. zu rechnen ist, erlangte keinen entscheidenden Einfluß auf die Tendenz. Die Preise schwanken und bewegen sich schließlich in Magdeburg um 8 bis 10 Pf. niedriger, in Hamburg zwischen einer Steigerung von 2 Pf. und einer Ermäßigung von 10 Pf.

Der Baumwollmarkt war still, nur in den ersten Tagen der Berichtwoche gab es ein nennenswerteres Geschäft auf ungünstige Berichte aus dem Baumwollgürtel. Dann setzte die Baiffspekulation mit neuen Angaben ein und schloß die Liverpooler Terminpreise teils unverändert, teils um drei Punkte niedriger. Der Garnmarkt war leicht gebessert. Auch das Lächergeschäft hat sich etwas gehoben. Die Preise waren behauptet.

— Man muß sich zu helfen wissen. Klaviervirtuose (in der Sommerfrische): „Aber Ihrem Klavier fehlt ja ne Taste!“ — Dorfweib: „Na, da spielen S' halt so a bißel drum rum!“

— Die neue Faltenweize. In einer Schule in der Pflanzengasse hält der Lehrer einen Vortrag über das Halten der Faltenweize in bezug auf den Fleißigen und fragt hernach einen der Scholaren über erlaubte Speisen. Promitt entgegnet dieser: „Osauobis, Krautkräuter, Pannapflanz, Räs-sch-paya, Schweigertäs, Leberkäs.“ „Das letztere mocht nicht, mein Lieber,“ sagt der Lehrer lächelnd. „Doch, doch,“ sagt's Bäckle, „vorgestern hot der Vater glait, wie er da Leberkäs gesia hot: Krustärla, der Wegger tuet je leicht ofanga, da Leberkäs kama ong'schroft am Freitag esia, so viel Reahl' ist jeht denn!“

